

Danziger Zeitung.

M 12837.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition, Kettwigerstraße Nr. 4, und bei allen Kaiserlichen Postanstalten des In- und Auslandes angenommen. — Preis pro Quartal 4,50 M., durch die Post bezogen 5 M. — Inserate kosten für die Petziske oder deren Raum 20 M. — Die „Danziger Zeitung“ vermittelt Inserationsanträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

1881.

Telegramme der Danziger Zeitung.

Berlin, 15. Juni. Nach dem „Deutschen Tageblatt“ werden der Herzog von Ratibor, der Fürst von Pleß, Graf Frankenberg und Graf Wilhelm Bismarck nebst mehreren Anderen aus der Reichspartei ausscheiden, vorläufig aber keiner anderen Fraktion beitreten. — Heute Vormittags 9 Uhr trat der Bundesrat zusammen, um über die Annahme des Compromisses zu dem Unfallgesetz auf der mitgetheilten Grundlage zu berathen. Gestern fand darüber eine Besprechung der Abg. Stumm und v. Bötticher statt.

J. Berlin, 15. Juni. Der Compromiss über das Unfallgesetz ist an dem Centrum, dessen Majorität dagegen ist, gescheitert. — Die Mittheilung über eine Spaltung der Reichspartei ist unrichtig.

Telegraphische Nachrichten der Danziger Zeitung.

Ems, 14. Juni. Der Kaiser nahm gestern vor dem Diner noch den Vortrag des Geh. Legationsrats v. Bülow entgegen. Am Diner nahmen der König von Sachsen, der Prinz Hermann von Sachsen-Weimar, der schwedische Gesandte v. Bildt und die zum Gefolge des Königs von Sachsen gehörenden Herren Theil. Gegen Abend erschien der Kaiser auf der Promenade, statte sodann dem Prinzen von Sachsen-Weimar einen Besuch ab und wohnte später der Theatervorstellung bei. Heute früh hat der Kaiser die Brunnenuhr fortgesetzt.

Bonillon, 14. Juni. Das den während des Krieges von 1870/71 hier geforbenen und beerdigten deutschen Soldaten errichtete Denkmal ist heute von dem deutschen Comité dem Schutz der hiesigen Stadtbehörden feierlich übergeben worden.

Bukarest, 14. Juni. Die Sectionen der Deputiertenkammer sind mit der Berathung der Vorlage betreffend die Conversion der Eisenbahn-Schuldenbeschreibungen beschäftigt. Vorher hatte die Kammer die Vorlage über die Errichtung von Docks und Entrepots und einen Credit von 300 000 Frs. zum Bau der Eisenbahn Odessa-Dnjepr votirt.

Konstantinopel, 14. Juni. Die Pforte hat an ihre Vertreter im Auslande ein Kundschreiben gerichtet, welches einem Protest gegen das Decret des Bey von Tunis gleichkomm, durch welches Roustan die Leitung der auswärtigen Angelegenheiten übertragen wird. — In Folge der Ankunft des Schiehs Obedullah in Wan wird die kurdo-perische Frage als erledigt betrachtet. — Die Verhandlungen in dem Prozesse gegen Abdul Aziz beginnen demnächst.

Politische Uebersicht.

Danzig, 15. Juni.

Fürst Bismarck ist allem Anschein nach nicht gewillt, den Wegen des Herrn v. Treitsche zu folgen und die Neuwahlen zum Reichstage bis in den Winter hinein aufzuschieben, um die Gewässer der „fortschrittschen Springflut“ ablaufen zu lassen; vielleicht weil er die Ansicht des Herrn v. Treitsche nicht teilt, daß die Opposition gegen die Reichspolitik im Bunde mit den Agrariern und Ultramontanen ihren Höhepunkt so bald schon werde überschritten haben. Wenigstens wird neuerdings als wahrscheinlicher Termin für die Neuwahlen Anfang August bezeichnet. Damit würde also denjenigen Recht gegeben, welche darauf gedrungen haben, daß die Vorbereitungen zu den Wahlen mit möglichster Beschleunigung getroffen würden.

Lebriegen sind alle solche Nachrichten immer mit einiger Vorsicht aufzunehmen. Alle Mittheilungen über die Absichten der Regierungen haben nur einen relativen Werth, und selbst die Nachrichten, welche die Politiker aus dem Munde der Minister haben, machen davon keine Ausnahme. Heutzutage wissen nämlich die Minister oft selbst nicht, was „die Staatsregierung“ morgen in den wichtigsten Dingen thun wird, und die Mittheilungen, welche aus dem Reichskanzlerpalais entstammen, erfreuen sich kaum einer größeren Zuverlässigkeit.

Die Mitglieder des Bundesraths scheinen auch nicht immer mit den Erklärungen bekannt zu sein, welche im Reichstage im Namen der verbündeten Regierungen abgegeben werden. So z. B. sagt die Vorlage der Regierung über das Börsensteuergesetz, daß ein prozentualer Stempel, wie ihn der vorgestern abgelebte Antrag v. Wedell-Malsow enthielt, nicht durchführbar sei, und in der Commission sprachen die Vertreter der verbündeten Regierungen darum gegen den Antrag Wedell. Vorgestern erklärte dagegen Herr Geh. Rath Girth im Namen der verbündeten Regierungen, daß durch Annahme des Antrages v. Wedell die Prinzipien der Vorlage nicht verlassen werden würden. Diese der früheren entgegenstehende Erklärung ist abgegeben worden, ohne daß der Bundesrath sich aufs Neue mit der Angelegenheit beschäftigt hätte.

Welche Verwirrung in politischen Kreisen herrscht, ersieht man daraus, wie sich die Nachrichten sonst gut informirten Organe widersprechen. So stehen die Mittheilungen der Blätter über den Schluß der Reichstagssession heute einander direct gegenüber. So sagt die „Nat.-Ztg.“, der Sessionsschluss werde unmittelbar nach der heutigen Sitzung erfolgen, der Justizminister Janarowski sprach dazu bereits in der Tasche; die „Kreuztg.“ dagegen meint, der Schluß der Session werde vielleicht erst in der nächsten Woche erfolgen; man habe zwar die Absicht, den Schluß schon am nächsten Sonnabend herbeizuführen, noch nicht ganz aufgegeben, dieselbe werde sich aber schmerlich verwirren lassen.

Möglich ist der Schluß schon für heute. Der Reichstag hat in den letzten Tagen so viel bewältigt, daß nur noch die auf der heutigen Tagesordnung

siehende dritte Berathung des Unfallversicherungsgesetzes im Rückstande ist. Wie auch uns berichtet wird, sind von Seiten des Präsidiums alle Dispositionen so getroffen, daß der Schluß des Reichstages schon heute erfolgen kann. Alles hängt davon ab, ob man darüber einig wird, was aus dem unglücklichen Unfallversicherungsgesetz eigentlich werden soll. Noch niemals ist wohl eine gesetzgeberische Maßregel mit so viel Pauken- und Trompetenschall der Welt verkündet worden, um nach kürzester Zeit so gründlich Flasco zu machen. Eigentlich kummerte man sich auch im Reichstage in letzter Zeit herlich wenig mehr um das Gesetz, auf welches früher so große Hoffnungen, wenigstens was die daraus zu schlagenden Wahlreclame betrifft, gezeugt wurden; aber da die Vorlage unter soviel Lärm in die Welt gesetzt worden ist, so muß doch irgend ein Besluß darüber gefaßt werden.

Die Nationalliberalen sind für ein Begegnis zweiter Klasse. Sie wollen in der Schlussitzung der Session formell die weitere Vertragung der Berathung des Gesetzes „auf vier Wochen“ beantragen. Andererseits waren, wie uns bereits telegraphisch gemelbt wurde, gestern Compromisverhandlungen im Schwange, zu denen die Initiative vom Abg. Stumm ausgingen war. Am vollständigsten refumierte die „Germania“ die Vorschläge dahin, daß die Prämienzahlung dem Arbeitgeber allein auferlegt, die Carenzeit wieder auf 4 Wochen verlängert, die Versicherung auf die Arbeiter mit einem Lohn bis zu 1500 M. (anstatt 2000) beschränkt und bei der Berechnung der Prämien nicht nur die entstehenden Verwaltungskosten, sondern auch die Platten- und Reisekosten außer Ansatz bleiben sollen. Das Centrum scheint noch sehr schwankend zu sein, wie denn auch gerade von Mitgliedern des Centrums bezweifelt wird, daß die Berathung über das Gesetz morgen schon zum Abschluß gelangen werde. Im Gegensatz zur zweiten Berathung beginnt die dritte bekanntlich mit einer General-Discussion, welche gerade in diesem Falle größere Dimensionen annehmen dürfte.

Das Centrum hatte es also nicht nötig, den Antrag Kleist-Reckow, den Petitionsbericht über die Civilie auf die heutige Tagesordnung zu setzen, seinerseits zu unterstützen, da auch ohne dieses Zwischenspiel die Sitzung ausgefüllt werden konnte, wenn bis heute die Compromisverhandlungen noch nicht zu Ende sind. Es ist übrigens charakteristisch für das Verhältniß des Centrums zu den Conservativen, daß der Abg. Windthorst gestern wieder die Beseitigung des Culturkampfs für dringender hielt, als diejenige der obligatorischen Civilie. In der Commission hatte bekanntlich das Centrum für den im Vorlaufe dunkeln, in der Tendenz aber sehr verständlichen Antrag Staudy, die Petitionen dem Reichskanzler zur Erwähnung zu überweisen, seine Stimmen abgegeben; die Partei scheint aber keine Neigung zu haben, sich durch ein Votum im Plenum zu binden, ehe sie der Gegenleistung von Seiten der Conservativen sicher ist. Selbst die Ansicht, daß nicht Regierungspräsident v. Wolff, von dem nicht mehr die Rede ist, sondern Herr v. Gohler die Erhöhung des Herrn v. Puttkamer antreten wird, macht im Centrum wenig Eindruck, da man weiß, daß Herr v. Gohler schließlich auch nur ihm wird, was Fürst Bismarck ihm zu thun geschafft.

Das Organ der freiconservativen oder „deutschen Reichspartei“, die „Post“, bestreitet natürlich die Mittheilung der „Nat.-Ztg.“, daß ihre Partei sich in voller Auflösung befindet. Aber sie kann doch nicht verhehlen,

daß manche der parlamentarischen Abstimmungen im Reichstage seitens der Partei, welche zu vertreten wir uns bemühen, den Antheil erweden mußte, als sei die Einigkeit in ihr gelockert. Manche Kundgebung, welche wir aus dem Lande erhalten, bellagt dies tief und mahnt dringend zum festen Zusammensetzen. Daß gerade zum Schlusse der Legislaturperiode und vor der Wahlcampagne solch eine unsichere Haltung den übelsten Eindruck im Lande macht, wurde von unseren wärmsten Freunden sehr betont, und dem Spott der gegnerischen Presse allüberall zu begegnen, hatten wir leider Gelegenheit genug.“

Aber die „Post“ meint, „wenn auch sehr bedauerlicher Weise die Abstimmungen der Parteimitglieder sich oft neutralisieren, so ist darum von einem Aufsehen nicht die Rede.“ Das ist kein Dementi mit dem Brustton der Überzeugung, man kann darin auch eine indirekte Bestätigung finden, und man glaubt daher, daß die abgeleugnete Mittheilung nicht ohne Begründung sei, um so mehr, da die deutsche Reichspartei seit einiger Zeit keine allgemeine Fraktionsbildung mehr abgehalten hat. Die „Kreuztg.“ glaubt auch, daß der Auflösungsprozeß der Partei bereits vollständig im Gange ist, und sie findet es als etwas ganz Selbstverständliches, „daß eine Partei, die in den zeitbemegenden Fragen in sich keine Übereinstimmung mehr zu erzielen vermag, einfach auseinanderfallen muß.“

In der am Montag Abend abgehalteten Versammlung der Majorität der italienischen Kammer erklärte der Ministerpräsident Depretis bezüglich der Wahlreform, die Regierung sei entschlossen, als Bedingungen der Wahlfähigkeit die Zurücklegung der zweiten Klasse der Elementarschule und eines Centus von 19 Lire 18 Centimes aufzu stellen. Der Justizminister Janarowski sprach sich in demselben Sinne aus. Nach lebhafter Debatte genehmigte die Versammlung einstimmig eine Tagesordnung, in welcher die Vorschläge des Ministeriums billigt werden.

Der frühere bulgarische Minister Zankow ist wegen des Briefes, den er an den russischen General-Gouverneur in Sofia gerichtet hatte, und auf das Verlangen des Letzteren verhaftet worden. Die Regierung des Fürsten Alexander geht überhaupt recht energisch vor, um diejenigen, welche dem Staatsstreiche nicht zuzimmen, mundtot zu machen. So sind der „Pr.“ zufolge von den Militärgerichten gegen mehrere Journale Untersuchungen eingeleitet und mehrere Ausländer, welche von der Zweckmäßigkeit der vom Fürsten beliebten Maßregel nicht überzeugt waren, unter ihnen auch der Correspondent des „Golos“, des Landes verwiesen worden. Die Beamten beginnen aus eigener Initiative zu demissionieren. Ob Fürst Alexander übrigens sein Ziel erreichen wird, ist trotz aller Zwangsmäßigkeiten bis jetzt noch sehr zweifelhaft.

Messer an den Stamm des Gerichtslostengesetzes. So weit dabei das Streben maßgebend ist, die untersten Wertklassen möglichst zu entlasten, ist diese Ansicht den Regierungen nicht unumstritten. Die Regierungen sind aber stets davon ausgegangen, daß die Revision des Gerichtslostengesetzes sich auf Erfahrung stützen und eine systematische sein müsse und sie haben sich hierin bisher des Besfalls des Danziger erfreut. Die Regierungen würden glauben, die bisherige Methode Preis zu geben, wenn sie jetzt einem Besluß zustimmen, dessen finanzielles Ergebnis gänzlich unabsehbar ist, ja möglicherweise so weitgreifend sein würde, daß damit jede Aussicht auf eine rationelle Revision des Gerichtslostengesetzes ausgeschlossen wäre. Ich habe daher Namens der Regierungen die Erklärung abzugeben, daß sie Art. 1 Pr. 1 der Beschlüsse zweiter Lesung für unannehmbar erachten.

Abg. Payer: Nachdem der Reichstag in zweiter Lesung mit erheblicher Majorität meine Anträge angenommen hat, halte ich es nicht mehr für nötig, die Zweckmäßigkeit und Notwendigkeit derselben noch einmal zu begründen. Es ist nur noch eine Frage der Taktik, ob das Haus Angesichts der soeben gehörten Erklärung bei seinen Beschlüssen beharren will. Als Grund für die ablehnende Haltung macht der Vertreter der Regierungen zunächst geltend, daß es nicht angezeigt sei, einer systematischen Reform des Gerichtslostengesetzes, welche in nächster Zeit beabsichtigt werde, vorzugreifen. Diese Motivierung halte ich nicht für zutreffend, nachdem die Vorlage bereits eine Lücke in das bestehende Gesetz gerissen hat; ich nehme deshalb an, daß dieser Grund auch nicht der eigentlich maßgebende gewesen, sondern daß vorwiegend finanzielle Rücksichten die Regierungen veranlaßt haben, meine Anträge für unannehbar zu erklären. Wären wir wirklich die Demagogen, für die man uns ausgeben sieht, so würden wir schwer der Verführung widerstehen können, diese Gelegenheit zu nutzen, um unsere Wähler darauf hinzuweisen, wie wenig Rücksicht die Reichsregierung auf die Bedürfnisse des Volkes nimmt und wie sogar das Interesse der Rechtsprechung hinter finanzielle Geschäftsumsätze zurücktreten muß. Ich verzichte auf diese Ausführungen, weil es mir vor Allem auf die Sache ankommt. Ich kann mich nicht überzeugen, daß die heutige Erklärung der Regierungen wirklich eine definitive und bleibende ist; dieselben werden sich der Pflicht nicht entziehen können, wenn der Reichstag auch in dritter Lesung bei seinen früheren Beschlüssen beharrt, noch einmal mit mir zu Rathe zu geben, ob sie ein Gesetz schaffen lassen sollen, welches gerade den ärmeren Schichten eine wesentliche Erleichterung gewährt, und ob sie demgemäß mit den ganzen Tendenzen, welche die moderne wirtschaftliche Gesetzgebung angeblich verfolgt, in Widerspruch liegen sollen, nachdem sie selbst die Reformbedürftigkeit des Gerichtslostengesetzes anerkannt haben. Und selbst wenn die Vorlage an dem Widerspruch des Bundesrates wirklich scheitern sollte, so würde ich dies für besser halten, als wenn wir auf unsere berechtigte Forderung einer weiteren Ermäßigung der Gerichtslostengesetze verzichten. Der Abg. Windthorst erklärte bei der zweiten Lesung, daß, wenn die Regierung bis zur dritten Berathung nicht eine wirklichere Erleichterung in Vorstieg bringt, er auf die Gefahr hin, noch ein Jahr zu warten, an meinen Anträgen unbedingt festhalten werde. Indem ich ihm für diese Unterstüzung danke, halte ich, daß er seine damalige Urfassung heute einlösen wird.

Abg. Sonnenmann erklärt, für die beiden Anträge stimmen zu wollen und betont, daß der Zoll auf Halbwollwaren in Frankreich um 50% niedriger sei, als bei uns. Der Nimbus unserer Industrie werde im Auslande durch derartige Zollerhöhungen stark beeinträchtigt; dieselben rufen übrigens Gegenmaßregeln seitens anderer Staaten hervor, wie dies seitens der Schweiz und Russland schon jetzt erfolgt ist. Der ganze Zolltarif habe nur wenig Industriellen genutzt, den meisten geschadet.

Abg. Windthorst empfiehlt aus Billigkeitsrücksichten die Annahme des von ihm gestellten Antrages und erklärt sich mit dem Minnigerode'schen Amendment einverstanden. Ebenso spricht sich Abg. v. Minnigerode aus, während Geh. Rath Bötticher bittet, daß eine Erklärung seitens der verbündeten Regierungen auf die beiden Anträge nicht abgegeben werden könne, nachdem Abg. Delbrück für dieselben eingetreten, genehmigt und das Gesetz mit diesen Änderungen unverändert angenommen.

60. Sitzung vom 14. Juni.

Auf Grund des Berichtes der Geschäftsausschussscommission wird die Ermäßigung zur strafrechtlichen Verfolgung der Straßburger „Presse“ wegen Bedeutung des Reichstags verfragt. — Die Handelsverträge mit Österreich, der Schweiz, Belgien und Rumänien werden in dritter Berathung angenommen; ebenso der Haftvertragstat, aus welchem die Position für den Volkswirthschaftsrat gefügt ist. — Der Bertrag mit Österreich wegen Ausdehnung des früheren Vertrages bezüglich der Beglaubigung öffentlicher Urkunden auf Bosnien und die Herzegowina und der Gesetz-Entwurf betreffend die Verbesserung von Buwidderhandlungen gegen die österreichischen Bollagezeiten werden in erster und zweiter Lesung erledigt.

Es folgt die dritte Berathung des Gesetz-Entwurfs betreffend die Änderung von Bestimmungen des Gerichtslostengesetzes und der Gebührenordnung für Gerichtsvollzieher.

Abg. Pfäffert: Der starke Strom, der die Gerichtslostengesetze zu widerstehen, wäre vergeblich.

Daneben aber müssen die Gerichtsvollzieher auf einen möglichst guten Fuß gestellt werden, die Einführung ihrer Pensionsberechtigung wäre daher dringend zu empfehlen.

Abg. Kloss: Die Commission hat in einer Resolution eine Revision der Anwaltsgebühren mit Recht empfohlen. Indessen muß bei jener Revision von anderen Geschäftspunkten ausgegangen werden, als bei der Regularisierung der Gerichtslostengesetze. Bei diesen handelt es sich lediglich um ein fiskalisch Interessente, die Anwaltschaft aber, deren Tätigkeit einen integrierenden Theil der Justizpflege ausmacht, muß eine tatsächliche wissenschaftliche Qualifikation haben und seine Integrität beruht wesentlich auf der Ergebniß seiner legitimen Einnahmen, so daß er nicht nach einem Ertrag auf unredlichem Wege zu kommen braucht. Deshalb hat auch der Abg. Windthorst bei der ersten Berathung besonders hervorgehoben, daß die Revision der Anwaltsgebühren in schonender Weise erfolgen müsse.

Abg. Reidenberger (Crefeld): Eine Revision des Gerichtslostengesetzes ist unabwendbar. Eine Schämmung der Einflüsse der Gerichtsvollzieher halte ich nicht für angemessen. In den Städten, namentlich den größeren, mögen sie gut stützen, auf dem Lande nicht, und sie haben da vielfach um ihre Existenz zu kämpfen. Dagegen vertragen die Anwaltsgebühren eine Herabsetzung sehr wohl, wenn auch dabei mit Vorbehalt zu verfahren ist. Bei der Normirung der Gerichtslostengesetze muß man davon ausgegangen, daß sie von der Partei zu tragen sind, nicht vom Staat. Dieser Grundlos ist unrichtig, wird auch im Unterrichtswesen und in der Administration nicht befolgt. Bei der Justizpflege sind auch diejenigen interessiert, welche nicht Prozeß führen, es ist also nicht mehr als recht und billig, daß sie auch einen Theil der Kosten tragen.

Für die Spezialdebatte liegt ein Antrag der Abgs. v. Cuny, v. Beaulieu-Marconnay und Witte (Schweden) vor, der bezüglich der Nebenkosten mehrere neue Ermäßigungen vorschlägt, betreffs der Hauptprozeßkosten (§ 8 des Gerichtslostengesetzes) aber, welche in zweiter Lesung auf den Antrag des Abg. Payer herabgestellt waren, die Befreiung des Beschlusses zweiter Lesung verlangt.

Staatssekretär v. Schelling erklärt, daß die verbündeten Regierungen die Mehrzahl der Beschlüsse der zweiten Lesung akzeptieren würden. Ganz anders ist das gegen die Stellung der Regierungen zu dem Theil der Beschlüsse, der auf Antrag des Abg. Payer zu § 8 des Gerichtslostengesetzes geprägt ist. Dieser Beschuß tritt aus dem Rahmen der Vorlage heraus, er legt das

Staatssekretär v. Schelling: Der Vorredner hat meine Erklärung richtig wiedergegeben, nur in einem Punkte kann ich seiner Anslegung nicht beitreten. Die positiven Vorschläge des Abg. v. Cuny lagen noch nicht vor, als die Regierungen ihren Beschuß fassten. Es war also nicht möglich, zu dienen Vorschlägen Stellung zu nehmen. Ich kann daher von Seiten der Regierung ein Einverständnis mit denselben weder ausdrücklich noch

stillschweigend erklären. Für meine Person kann ich erklären, daß die Anträge sich im Allgemeinen in denselben Richtungen bewegen wie die Vorlage. Wenn der Abg. Schröder bemerkt hat, die Regierungen beabsichtigten eine durchgreifende Reform der Gerichtsosten erst 1884 vorzunehmen, so muß ich betonen, daß ein solcher Auspruch von Seiten der Regierungen niemals gethan worden ist. Die Regierungen haben niemals geabsint, sich auch zu der Absicht zu bekennen, daß mit der Reform des Gerichtskostengesetzes vorgegangen werden soll, sobald finanzielle Ergebnisse vorliegen.

Darauf wird die Nr. 1, welche den Antrag Bayre enthalt, abgelehnt. Für dieselbe stimmen nur die Fortschrittspartei, die Secessionisten und einige Mitglieder des Zentrums. Im Uebrigen werden die Beschlüsse zweiter Lesung, sowit diejenigen die Beweisgebühr, die Vergleichsgebühr, die Gebühr für das Mahnderfahren u. s. w. betreffen, mit unverbindlichen Änderungen genehmigt. Außerdem wird ein Antrag der Abg. v. Türr u. Gen. angenommen, wonach in einzelnen Fällen des Concursverfahrens die Gebühren ermäßigt und nach dem Betrage der Forderung des die Concursöffnung beantragenden Gläubigers berechnet werden sollen. Im Artikel 4 wird der Termin des Inkrafttretnes des Gesetzes, anstatt auf den 1. Juli 1881, auf Antrag des Abg. v. Beaulieu auf den 15. Juli 1881 festgesetzt. Hierauf genehmigt das Haus die Vorlage im Ganzen nach den Bedingungen dritter Lesung. Die vorerwähnte Resolution des Abg. Windhorst, sowie die nachstehende Resolution der Commission: „die Reichsregierung zu eruchen, mit der weitergehenden Revision des Gerichtskostengesetzes eine solche der Gebührenordnung für Rechtsanwälte zu verbinden und desfalls Vorlagen womöglich schon in der nächsten Sessjon an den Reichstag gelangen zu lassen“ werden angenommen.

Der Präsident setzt auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung außer einigen kleineren Vorlagen das Unfallversicherungsgesetz.

Abg. v. Kleist-Retzow macht darauf aufmerksam, daß morgen, Mittwoch, der Tag sei, an dem gewöhnlich die Petitionen zur Verhandlung gelangen; er bittet den Präsidenten, die Petitionen betreffend die obligatorische Civile auf die Tagesordnung zu setzen. Es handele sich um ein Gesetz, welches 90 % der Bevölkerung schwer belaste.

Abg. Witte (Mecklenburg) tritt dem Vorredner bei; man müsse endlich einmal diese Angelegenheit, welche so viel Staub aufgewirbelt habe, aus der Welt schaffen; namentlich damit nicht bei den Wahlen die Sache falsch dargestellt und ausgebeutet werde.

Auch Abg. Schröder (Friedberg) unterstützt den Wunsch des Drn. v. Kleist-Retzow; weniger der Wahlen wegen müsse die Sache erledigt werden, als um die Gemüther zu beruhigen; denn man könne es z. B. in seiner Heimat nicht begreifen, wie man gegen eine so segensreiche Institution Front machen könne.

Abg. Windhorst: Die Freie könne nicht eher gründlich erledigt werden, bis nicht die ganze kirchenpolitische Situation vollständig geändert sei.

Abg. Baumgarten wünscht ebenfalls die Beratung der Petitionen.

Abg. v. Hellendorff-Bedra empfiehlt dagegen das Gesetz, welches nothwendiger Weise berathen werden müsse, erst zu berathen.

Abg. v. Kardorff bittet, den Gesetzentwurf, betreffend die Unfallversicherung, zu berathen, weil sonst die Möglichkeit aufgehoben würde, die Sessjon am Sonnabend zu schließen.

Für den Antrag des Abg. v. Kleist-Retzow, die Petitionen wegen der Civile morgen zu berathen, stimmen nur die Fortschrittspartei, die Secessionisten und der Abg. v. Kleist-Retzow.

Nächste Sitzung: Mittwoch.

Deutschland.

Berlin, 14. Juni. Gestern ist hier unter dem Vorsitz des Geh. Ober-Regierungsraths Dr. Rösing die technische Commission für Seeschiffahrt zusammengetreten. Unter den Vorschlägen, über welche die Commission Gutachten abgeben soll, befindet sich auch derjenige wegen Einführung eines offiziellen Schiffsjournals. In seiner vorigen Sitzung hat die Commission sich, wie erinnerlich, damit einverstanden erklärt, daß für die Befähigung als Seeschiffer in kleiner Südseefahrt das Steuermannsexamen hinreichen soll. Die Commission soll nunmehr die Detailvorschriften in dieser Beziehung berathen. — Das Resultat der Stichwahl im Wahlkreis Rinteln ist bekanntlich die Wahl des Nationalliberalen Dr. Schläger. Während bei den Wahlen von 1878 die Gesamtmehrheit der für Dr. Decker abgegebenen nationalliberalen Stimmen 8374 betrug, haben die beiden liberalen Kandidaten zusammen in der Stichwahl 9398 Stimmen erhalten, wovon 5144 auf Dr. Schläger, 4254 auf den fortschrittlichen Kandidaten Lehrer Liebermann gefunden sind. Dr. Schläger hat in der Stichwahl 1100 Stimmen mehr erhalten, als im ersten Wahlgang, ob, wie die „Vossische Zeitung“ behauptet, in Folge der Unterstützung der Conservativen und der Regierung, ist doch zweifelhaft, da der dem linken Flügel der Nationalliberalen angehörige Senator Schläger den Conservativen und der Regierung schwerlich als geeigneter Compromisskandidat erschien sein dürfte.

* Der Hamburger „Bollanschluss“-Vertrag mit dem Antrage des Senats auf Genehmigung desselben steht nunmehr für die am 15. Juni stattfindende Versammlung der Hamburger Bürgerschaft auf der Tagesordnung.

* Die Magistratsvorlage, in welcher die Zustimmung der Stadtverordneten zur Erteilung des Ehrenbürgerechts an Dr. Heinrich Schliemann nachgesucht wird, motiviert das Gesuch wie folgt: „Dr. Heinrich Schliemann hat seine Sammlung trojanischer Alterthümer zu einem Geschenk für das deutsche Volk und zur Aufstellung in der Reichshauptstadt bestimmt. Diese Schenkung ist mit den daran geknüpften Bedingungen von dem Kaiser durch den allerhöchsten Erlass vom 24. Januar d. J. genehmigt. Wenn künftig die aus dem Schutt der Jagtauflunde an das Licht gezogenen Reste altetrojanischer Cultur in unserer Stadt von den historischen Grundlagen der Homerischen Dichtung reden, so werden sie auch Zeugnis ablegen von des genialen Forschers Thatkraft, der in langer, unermüdlicher Arbeit die Mittel, in unentwegter Begeisterung die Wege fand zur Aufdeckung greifbarer Spuren einer von der Sonne der klassischen Literatur vergoldeten Vorzeit. Herr Schliemann ist durch seine Thatigkeit und seine gelehrten Verbindungen fast in allen Kulturstäaten heimisch, die Früchte seines von Glück gesegneten Fleisches hat er dem Vaterlande gewidmet. Die Stadt, die seine Sammlung birgt, wird als den Ihrigen gern den Mann begrüßen, der in der Vereinigung praktischer Thatigkeit mit idealen Streben dem deutschen Bürgerthum ein Vorbild geworden ist.“

* Nach einer Bekanntmachung der österreichischen Bezirkshauptmannschaft zu Friedland in Böhmen soll von preußischen resp. deutschen Handelsreisenden, welche österreichische Märkte mit Waren besuchen, eine besondere Steuer erhoben werden, falls sie nicht dort bereit als Handels- oder Gewerbetreibende mit einer Erwerbssteuer belegt sind. In den preußischen Grenzfällen ist österreichischen Gewerbetreibenden, welche den Markt mit Waren besuchten, bisher eine besondere Steuer nicht abverlangt, und es sind denn bereits Schritte gethan, um im Interesse des beiderseitigen Grenzverkehrs die Abstellung jener Verordnung zu erzielen. Bei dem gegenwärtigen Stande der Dinge ist wohl kaum zu erwarten, daß österreichs seit die Sache rückgängig gemacht wird und Preußen resp. Deutschland wird dann voraussichtlich mit einer ähnlichen Maßnahme vorgehen. Die Theorie

vom Schutz der nationalen Arbeit bringt uns Zustände, welche eine Reaction um mehr als hundert Jahre bedeuten.

* Die gedeckte Corvette „Stosch“ (16 Geschütze, Commandant Capitän z. See v. Blanc) ist am 13. Juni cr. in Capstadt eingetroffen und beabsichtigte am 18. derselbe die Reise fortzusetzen.

Bonn, 12. Juni. Die 7. Synode der Alt-katholiken des deutschen Reichs, welche jüngst hier tagte, wurde von Bischof Reinhard eröffnet. Für die Folge soll, wie u. A. beschlossen wurde, die Synode nur alle zwei Jahre zusammenentreten und der Katholizismus einer Revision unterworfen werden. Die übrigen Beschlüsse bezogen sich auf interne Angelegenheiten. In die Synodalrepräsentanz wurden wieder gewählt: Prof. Knodt, Justizrat Wrede, Geh. Rath Mauer, Prof. Michelis, Prof. Weber, Ober-Bürgermeister Malch, Dr. Deinhardt und G. R. Schulte.

Kiel, 13. Juni. Die im südlichen stillen Ocean stationirten Kanonenboote „Nautilus“, Commandant Corvetten-Capitän Chüden, und „Hyäne“, Commandant Capitänleutnant von Glöden, erhielten Befehl zur Heimreise, und werden im nächsten Monat den Suezcanal passiren. Die Corvette „Tresca“ ging von Hongkong nach Batavia, wohin Postsendungen bis 16. Juni abgehen, später bis 4. August nach Aden und dann bis auf Weiteres nach Port Said. Das Schiffjungen-Schulschiff „Louise“, Commandant Corvetten-Capitän Stempel, bleibt acht Tage in Swinemünde stationirt, dann bis zum 2. Juli in Sazin und geht Mitte Juli auf 13 Monate nach Westindien.

Kassel, 13. Juni. Das Ergebnis der Stichwahl in Rinteln-Hofgeismar-Wolfsburg stellt sich: Dr. Schläger (nat. lib.) 5144, Liebermann 4254 Stimmen.

München, 14. Juni. Die Kaiserin von Österreich trifft morgen hier ein und begiebt sich sodann zu einem längeren Aufenthalt nach Feldafing am Starnberger See.

England.

London, 13. Juni. Unterhaus. In Beantwortung mehrerer Anfragen erwiederte Unterstaatssekretär Dilke, die französische Regierung habe den Botschafter Lord Lyons davon verständigt, daß sie die Annahme der dem Ministerresidenten Roustan von dem Ben von Tunis übertragenen Stellung seitens Roustans billige; das betreffende Decret des Beys berührte die Stellung der englischen Regierung in Tunis nicht und thue den Vertragsrechten, deren Verbindlichkeit die französische Regierung anerkannt habe, keinen Abbruch. Dem Deputirten Wolff entgegnete Dilke, er hoffe, daß jetzt, wo die Convention bezüglich Griechenlands unterzeichnet sei, die Botschafter Zeit finden würden, ihre Aufmerksamkeit den aus dem Artikel 23 des Berliner Vertrages entstehenden Fragen zuwenden. Was den österreichisch-serbischen Vertrag angehe, so sei der selbe Gegenstand der größten Aufmerksamkeit seitens der Regierung; man hoffe, Mittel ausfindig zu machen, um nachtheilige Wirkungen, die aus diesem Vertrage etwa für den englischen Handel entstehen könnten, abzuwenden. Es sei indessen nicht wünschenswert, den bezüglichen Schriftwechsel schon jetzt vorzulegen; die serbische Regierung sei darauf aufmerksam gemacht worden, daß sie ihre Vertragsverpflichtungen gegen England strikte beobachten müsse. Was endlich die Vorgänge in Albanien betrifft, so scheine Dervisch Pacha den Widerstand der Albaner gebrochen zu haben und Anstalten zur Placification des Landes zu treffen. Der Regierung sei nicht bekannt, daß Dervisch Pacha die Hüngringe durch Verrath gefangen genommen habe; ein Grund zu irgend welcher Einmischung sei indessen nicht vorhanden. — Hierauf wurde die Spezialberathung der irischen Landbill fortgesetzt.

— 14. Juni. Unterhaus. Auf eine Anfrage Labouchere's erklärte Unterstaatssekretär Dilke, die Regierung sei mit der bulgarischen Regierung in Verbindung getreten wegen der am 7. d. M. erlassenen Decrete, durch welche in Bulgarien Kriegsgerichte eingeführt werden und der Minister des Innern, General Chrenroth, ernächtigt wird, die Behandlung der Prezvergehen zu übernehmen. Dem Minister des Innern seien aber die in letzterer Hinsicht verliehenen Gewalten wieder entzogen worden, da der Cassationshof inzwischen die Entscheidung getroffen habe, daß das türkische Prezgesetz, soweit dessen Bestimmungen nicht dem bulgarischen Gesetze zuwiderlaufen, noch in Kraft stehe. Dilke erklärte ferner, eine Bestätigung des Gerichts von der Verhaftung des früheren bulgarischen Ministers des Auswärtigen, Bantoff, sei ihm bis jetzt nicht zugegangen. — Das Haus fuhr sodann in der Einzelberathung der irischen Landbill fort.

Frankreich.

Paris, 13. Juni. Der vormalige Minister des Auswärtigen, Marquis von Banneville, ist gestorben.

Italien.

Rom, 13. Juni. Die amtliche „Gazetta“ publicirt die Ernennung von 32 neuen Senatoren. (W. L.)

Österreich.

Petersburg, 12. Juni. Die Dementis, welche die Regierung bezüglich der über den Nothstand und die Ruhestörungen veröffentlichten Nachrichten jetzt verbreiten läßt, sind mit großer Vorsicht aufzunehmen. Hier ist man geneigt, z. B. bezüglich des Saratowischen Falles dem Berichterstatter des „Golos“ mehr Glauben zu schenken, als dem Gouverneur des Ortes. In Esthland und Livland soll es übrigens bedenklich unter den Esten und Letten zu gähren anfangen, die schon seit Jahren durch die russische Presse und Agenten bearbeitet und durch das Beispiel im Süden angeworben, leicht sich an Deutschenverfolgungen machen könnten. Es geht das hoffnlich unbegründete Gerücht, die Johannisnacht wäre zum Massaker ausgerissen. Pobedonoszew hat vor Kurzem einen Drohbrief erhalten, worin ihm gerathen wurde, dem Kaiser fernherhin mit seinen jesuitischen Rathschlägen fern zu bleiben, widrigfalls ihm (Pobedonoszew) etwas passieren würde. Es ist indessen möglich, daß der Brief nicht aus dem nihilistischen Lager stammt.

* Die „Mosk. Wedom.“ macht in einer Polemik gegen die liberale russische Presse die sensationelle Enthüllung, daß sich der gewesene russische Unterrichtsminister Tolstoi kurz vor seiner Entlassung unter Polizei-Aufsicht befunden habe. Das genannte Blatt schreibt diesbezüglich wörtlich: „In den letzten sechs Jahren war Graf Tolstoi das Objekt und Mittel ununterbrochener Agitationen und deshalb wurde er auch ein Jahr vor seiner Entlassung einer polizeilichen Überwachung unterworfen. Die beste und wirkliche glanzvolle Zeit des Grafen Tolstoi fällt in die Jahre 1871 und 1872, wo ihm Gott geholfen hat, unsere

Gymnasien zu reorganisieren.“

Danzig, 15. Juni.

* [Telegraphisches Wetter - Prognostikon der dritten Stunde für Donnerstag, den 16. Juni.] Stilles, kläres Wetter mit vorübergehender Bewölkung ohne wesentliche Niederschläge; langsame Erwärmung.

* Das Panzer-Uebungs-geschwader hat gestern Nachmittag die hiesige Rhede wieder verlassen und hat seinen bisherigen Ankerplatz vor Ebingen, in der Bucht von Orthöß wieder eingenommen.

* Die vielbesprochene kaiserliche Tabaksm

manufaktur zu Straßburg im Elsass hat nunmehr auch hier eine Niederlage errichtet, welche mit dem heutigen Tage eröffnet ist.

* Am nächsten Sonntag Mittags wird der Dampfer „Drache“ von hier aus die erste Fahrt mit Passagieren nach dem Panzer-Geschwader unternehmen, wobei eins der Panzerschiffe besiegen werden soll, falls die Erlaubnis dazu ertheilt wird.

* Den städtischen Behörden ist neuerdings wieder die genaue Beachtung der Vorschriften über die Civilanstellung der Militär-Anwärter bei Belegung der städtischen Bureau- und Unterbeamtenstellen zur Pflicht gemacht worden.

* Die Ausgabe von Abonnementen-Fahrkarten für Eisenbahn hat bisher — ausgenommen die Strecke Danzig-Boppo, für welche die Einrichtung schon länger besteht — eine ausgedehnte Beachtung noch nicht gefunden, weshalb wir glauben, daß diese Einrichtung weniger bekannt ist. Die Ausgabe dieser Karten hat, wie bereits bekannt ist, seit dem 10. d. M. neue Erleichterungen und Vergünstigungen erfahren, insbesondere ist ein Bildnis des Abonnementen nicht mehr erforderlich. Solche Abonnementkarten werden im Verleih an alle Stationen des Eisenbahn-Directionsbezirks Bromberg je nach Wunsch auf einen, zwei oder mehrere Monate oder auf ein Jahr zu jeder Zeit ausgestellt. Die Karte berechtigt während ihrer Dauer zur beliebigen Fahrt auf den bezeichneten Bahnhöfen mit allen Fahrplänen, die die betreffende Wagenklasse führenden Bügen, ohne Gewährung von Freigepäck. Der Abonnementpreis wird nach dem tarifmäßigen Fahrpreis für Personenzüge für je eine tägliche Fahrt in jeder Richtung mit einer Ermäßigung von 40 % bei einem Abonnement auf 1 Monat, 50 % auf 2 Monate, 60 % auf 3 Monate, 60 % auf 6 Monate und 70 % auf 1 Jahr berechnet, wobei der Monat zu 30 Tagen angenommen wird. Der Inhaber der Karte hat hierauf für seine während der Dauer des Abonnementen in der Zahl unbeschränkten Reisen die möglichen Erleichterungen neben einer erheblichen Fahrpreisermäßigung.

* Von Mitgliedern des landwirtschaftlichen Vereins Boppo ist in der richtigen Erkenntnis, daß auch für das landwirtschaftliche Gewerbe die wirksame Hilfe nicht von außen her, sondern in der Selbsthilfe zu suchen sei, in der vorigen Woche ein landwirtschaftlicher Darlehen-Kassen-Verein (eingetragene Genossenschaft) gegründet worden. Nach den uns vorliegenden Statuten ist der Zweck des Vereins, den Personalcredit seiner Mitglieder zu fördern und denselben — unter gemeinschaftlicher Garantie — die auf ihrem Wirtschafts- und Geschäftsbetriebe nötigen Geldmittel in verzinslichen Darlehen zu beschaffen sowie Gelegenheit zu geben, möglichst niedrige Zinsen verhältnißmäßig anzulegen. Zur Errreichung dieses Zweckes betrachtet einerseits die Genossenschaft es als ihre Aufgabe, dem Landwirth die durch gewährten Credit Verbesserungen seines Grundstücks zu ermöglichen und weil hierzu ein kurzer Credit den Landwirten wenig nützt, so weit es möglich ist bei geübten Säubern Sicherheit den Darlehnsnehmern das ihnen gewährte Darlehen zu prorlongieren, und zwar ohne Kapitalabzahlung bis auf die Dauer von höchstens 2 Jahren und bei regelmäßiger Abzahlung auch auf längere Zeiträume. Andererseits will der Verein allen Bewohnern des Vereinsbezirks durch Errichtung einer mit Sammelstellen in den einzelnen Gemeindebezirken verbundenen Sparkasse Gelegenheit geben, zeitweise müßig liegende Gelder verhältnißmäßig anzulegen, um diese Gelder dem landwirtschaftlichen Betriebe nutzbar zu machen. Der Sitz des Vereins ist Boppo und der Vereinsbezirk bis auf Weiteres auf die Kreise Danzig (Land und Stadtteil), Neustadt und Kartaus begrenzt. Das Grundkapital des Vereins wird durch die Geschäftsamtsleiter der Mitglieder gebildet, von denen jedes mindestens einen von 100 M. höchstens aber fünf zu zeichnen hat. Die Geschäftsamtsleiter sollen stets voll gehalten und Verluste nicht durch Abstreitung von den Geschäftsamtsbezirken, sondern — sofern der Vereinsfond erschöpft ist — durch Umlagen gedeckt werden. Außer den Geschäftsamtsbezirken zahlt jedes Mitglied bei der Aufnahme eines neuen Bezirks mit einem neuen Geschäftsamtsbezirk eine einmaligen Verwaltungsbetrag von 10 M. Alle Gewinn- und Verluste müssen, abgesehen von den Umlagen, dem Verein zugute kommen. Der Vorstand des neuen Vereins wird durch die Geschäftsamtsleiter gebildet, von denen jedes mindestens einen von 100 M. höchstens aber fünf zu zeichnen hat. Die Geschäftsamtsleiter sollen stets voll gehalten und Verluste nicht durch Abstreitung von den Geschäftsamtsbezirken, sondern — sofern der Vereinsfond erschöpft ist — durch Umlagen gedeckt werden. Außer den Geschäftsamtsbezirken zahlt jedes Mitglied bei der Aufnahme eines neuen Bezirks mit einem neuen Geschäftsamtsbezirk eine einmaligen Verwaltungsbetrag von 10 M. Alle Gewinn- und Verluste müssen, abgesehen von den Umlagen, dem Verein zugute kommen. Die Geschäftsamtsleiter sollen stets voll gehalten und Verluste nicht durch Abstreitung von den Geschäftsamtsbezirken, sondern — sofern der Vereinsfond erschöpft ist — durch Umlagen gedeckt werden. Außer den Geschäftsamtsbezirken zahlt jedes Mitglied bei der Aufnahme eines neuen Bezirks mit einem neuen Geschäftsamtsbezirk eine einmaligen Verwaltungsbetrag von 10 M. Alle Gewinn- und Verluste müssen, abgesehen von den Umlagen, dem Verein zugute kommen. Die Geschäftsamtsleiter sollen stets voll gehalten und Verluste nicht durch Abstreitung von den Geschäftsamtsbezirken, sondern — sofern der Vereinsfond erschöpft ist — durch Umlagen gedeckt werden. Außer den Geschäftsamtsbezirken zahlt jedes Mitglied bei der Aufnahme eines neuen Bezirks mit einem neuen Geschäftsamtsbezirk eine einmaligen Verwaltungsbetrag von 10 M. Alle Gewinn- und Verluste müssen, abgesehen von den Umlagen, dem Verein zugute kommen. Die Geschäftsamtsleiter sollen stets voll gehalten und Verluste nicht durch Abstreitung von den Geschäftsamtsbezirken, sondern — sofern der Vereinsfond erschöpft ist — durch Umlagen gedeckt werden. Außer den Geschäftsamtsbezirken zahlt jedes Mitglied bei der Aufnahme eines neuen Bezirks mit einem neuen Geschäftsamtsbezirk eine einmaligen Verwaltungsbetrag von 10 M. Alle Gewinn- und Verluste müssen, abgesehen von den Umlagen, dem Verein zugute kommen. Die Geschäftsamtsleiter sollen stets voll gehalten und Verluste nicht durch Abstreitung von den Geschäftsamtsbezirken, sondern — sofern der Vereinsfond erschöpft ist — durch Umlagen gedeckt werden. Außer den Geschäftsamtsbezirken zahlt jedes Mitglied bei der Aufnahme eines neuen Bezirks mit einem neuen Geschäftsamtsbezirk eine einmaligen Verwaltungsbetrag von 10 M. Alle Gewinn- und Verluste müssen, abgesehen von den Umlagen, dem Verein zugute kommen. Die Geschäftsamtsleiter sollen stets voll gehalten und Verluste nicht durch Abstreitung von den Geschäftsamtsbezirken, sondern — sofern der Vereinsfond erschöpft ist — durch Umlagen gedeckt werden. Außer den Geschäftsamtsbezirken zahlt jedes Mitglied bei der Aufnahme eines neuen Bezirks mit einem neuen Geschäftsamtsbezirk eine einmaligen Verwaltungsbetrag von 10 M. Alle Gewinn- und Verluste müssen, abgesehen von den Umlagen, dem Verein zugute kommen. Die Geschäftsamtsleiter sollen stets voll gehalten und Verluste nicht durch Abstreitung von den Geschäftsamtsbezirken, sondern — sofern der Vereinsfond erschöpft ist — durch Umlagen gedeckt werden. Außer den Geschäftsamtsbezirken zahlt jedes Mitglied bei der Aufnahme eines neuen Bezirks mit einem neuen Geschäftsamtsbezirk eine einmaligen Verwaltungsbetrag von 10 M. Alle Gewinn- und Verluste müssen, abgesehen von den Umlagen, dem Verein zugute kommen. Die Geschäftsamtsleiter sollen stets voll gehalten und Verluste nicht durch Abstreitung von den Geschäftsamtsbezirken, sondern — sofern der Vereinsfond erschöpft ist — durch Umlagen gedeckt werden. Außer den Geschäftsamtsbezirken zahlt jedes Mitglied bei der Aufnahme eines neuen Bezirks mit einem neuen Geschäftsamtsbezirk eine einmaligen Verwaltungsbetrag von 10 M. Alle Gewinn- und Verluste müssen, abgesehen von den Umlagen, dem Verein zugute kommen. Die Geschäftsamtsleiter sollen stets voll gehalten und Verluste nicht durch Abstreitung von den Geschäftsamtsbezirken, sondern

von Meiningen, sondern der im Auswärtigen Amt des deutschen Reichs beschäftigte Gerichts-Assessor v. Wildenbruch in Berlin.

Aus Schlesien, 12. Juni, wird der „Boss. 3.“ geschrieben: Nachdem fälschlich ein Amtsvorsteher unterer Provinz in seinem Bezirk jede Verabreichung eines Almosen mit einer Geldstrafe bedroht hat, kann man sich nicht darüber wundern, wenn auf dem Gebiete der Armenpflege andere Curiostaten zum Vorschein kommen. Das Stärkste hat nach einer Mithitung des „Legitimen Angelegens“ der Gemeindevorstand von Lenzen, einem anderthalb Meilen von Prenzlau gelegenen Dörfern, geleistet. Das Blatt schreibt: „Allüberall, soweit die deutsche Zunge klingt, und sogar noch etwas darüber hinaus, sucht man gegenwärtig nach dem geeigneten Mittel, um die Bagabondage und die damit zusammenhängende Bettetelei aus der Welt zu schaffen. Welche Mittel man auch immer in Anwendung brachte, alle erwiesen sich als unzureichend, der Gemeinde Lenzen allein war es vorbehalten geblieben, den Stein der Weisen zu entdecken. Die gesetzgebenden Factoren jener Gemeinde haben sich kurz resolvirt, das allzu humane Strafgesetzbuch dessozutri und an beiden Enden der Dorfstraße je eine Tafel mit folgender latischer Inschrift aufgestellt: „Betteln und Fehtern im Dorfe wird mit Zuchthaus bestraft.“ Die Lenzer behaupten, daß seit Aufstellung dieser Tafeln ihr Dörfern von den Bettlern im weitesten Bogen umgangen wird. Man sieht also, was sich Alles erreichen läßt, wenn man nur die nötige — Energie besitzt.“

Christian Martin Wieland, dessen erzenes Standbild seit 1857 in Weimar steht, hat nun auch in der württembergischen Stadt Überlingen, in deren Nähe sein Geburtsort Oberholzheim liegt, sein Denkmal erhalten: eine auf einem schönen freien Platz aufgestellte und am zweiten Bürgfestertage enthüllte Büste. Das sich als Meisterwerk des Professors Scheerer in Stuttgart präsentierende Monument stellt den Dichter in vorgerückten Jahren dar, das von Fugen eingerahmte Haupt mit dem Käppchen bedeckt, seine geklöpften Bäge und das feinfingige Lächeln um die Lippen uns tresslich gegenwärtig, ein Bild ehrwürdigen Alters und liebenswürdiger Geistesfrische.

Biesenthal, 14. Juni. Der Regierungspräsident in Oppeln, Frhr. v. Quadt-Hüttenbrück ist gestern in Bad Nauheim gestorben.

* Henri Bierentemps ist der Held der folgenden bühnlichen Geschichte, welche der „Amst. Courant“ erzählt: Vor einigen Jahren produzierte ein armer blinder Straßenviolinist seine Talente vor einem Kassehaus in Amsterdam. Ein paar kleine Mädchen baten vergleichsweise um eine kleine Gabe für ihren blinden Vater, erhielten jedoch nur abweisenden Bescheid. Plötzlich stand einer der Gäste auf, entnahm dem Blinden mit einigen verbürgenden Worten die Violine, stimmte dieselbe in aller Eile und begann zum Gaudium der übrigen Gäste zu spielen. Es dauerte jedoch nicht lange und die Ladugut verwandelte sich in feste Bewunderung. Als der unbekannte Künstler aufhörte und darauf ebenfalls mit der Bitte um eine kleine Gabe die Runde mache, war der Ertrag kein geringer, den er in die Tasche seines „Kunstbruders“ gletten ließ. Der Blinde ahnte kaum was vorging, doch die beiden kleinen Mädchen füllten ihrem Wohlbührer die Hand. In Bieler Gedächtnis ist jetzt noch in Amsterdam die That des kürzlich verstorbenen Violinisten Henri Bierentemps.

London, 13. Juni. Anton Rubinstein gab am 11. d. im Konzertpalast in Sydenham ein Concert, in welchem er als Dirigent mehrerer seiner Orchesterwerke, darunter der „Thurm von Babel“, sowie als Klavier-Virtuoso auftrat.

* Im Norden Schottlands herrscht vor einigen Tagen ein schwerer Frost, welcher den Kartoffel- und Rübenfeldern empfindliche Schaden zufügte. Am letzten Sonnabend schlug jedoch die strenge Kälte plötzlich in eine fast tropische Hitze um.

Paris, 13. Juni. In dem gestrigen Wettrennen errang den ersten „großen Preis“ von Paris“ (100 000 Francs) das amerikanische Pferd Foxhall; den zweiten (10 000 Francs) das englische Pferd Trifan, den dritten (5000 Francs) das französische Pferd Albion.

* Der Rat der französischen Ehrenlegion hat die Frage zu entscheiden, ob Karl von Bourbon (Don Carlos) wegen Annahme falscher Titel und ungesecklichen Tragens von Ordensabzeichen vor Gericht zu stellen sei. Im Quartier Saint-Germain, scheint es, wird der Ausspruch des Rates mit ähnlicher Spannung erwartet, denn in der hohen Gesellschaft dieses Stadtviertels behandelt man den spanischen Prätendenten absolut als königliche Majestät, und er hat dabei ebenfalls eine Menge von Orden vertheilt. Die spanische Regierung ist dieses Spiels nachgerade überdrüssig geworden, und auf die Verwendung ihres Botschafters Fernand Nunes bin hat der Gouverneur der Ehrenlegion, General Falbherre, beschlossen, dem königlichen Abenteurer das Handwerk zu legen. Alle Dienstgen, welche seine Orden öffentlich tragen, sollen sofort vor das Buchpolizeigericht gestellt werden.

Börsen-Depesche der Danziger Zeitung.

Berlin, den 15. Juni.		Crs. v. 14.
Weizen, gelb	Ung. 4% Gold-	
Juni-Juli	215,70 215,50	79,70 79,40
Sept.-Okt.	216,00 216,00	59,40 59,10
Roggen	1877er Russen	94,60 94,40
Juni	1880er	75,70 75,70
Sept.-Okt.	207,70	207,70
Petroleum pr.	Berg.-Märk.	
200 Z	St.-Act.	116,80 116,90
Juni	Mlawka Bahn	99,00 99,00
Rüböl	Lombarden	215,00 215,00
Juni-Juli	Franzosen	637,00 643,00
Sept.-Oct.	Galizier-St.-A	139,30 139,00
Spiritus loco	Rum. 6% St.-A	104,00 104,00
Juni-Juli	Cred.-Actien	618,00 615,00
4% Consols	Disc.-Comm.	219,20 220,00
3½% westpr.	Deutsche Bk.	162,50 162,80
Pfandbr.	Laurahütte-	
4% westpr.	Action	108,00 108,20
Pfandbr.	Oestr. Noten	175,00 175,00
4% westpr.	Russ. Noten	207,70 207,55
Pfandbr.	Kurz Warsch.	207,25 206,85
4½% westpr.	Kurz London	— 20,48
Pfandbr.	Lang London	— 20,36
Fondsbörsen:	fest.	

Hamburg, 14. Juni. Getreidemarkt. Weizen loco unveränd., auf Termeine festler. Roggen loco unveränd., auf Termeine besser. — Weizen 7000 Kilo 70. Juli-August 215,00 Br. 214,00 Bd. 70. Sept.-Oktober 213 Br. 212 Bd. — Roggen 7000 Kilo 70. Juli 196 Bd. 70. Sept.-Oktober 215 Br. 214,00 Bd. — Döse und Gerste unveränd. — Rüböl fest, loco 55,50, 70. Oktober 57,00. — Spiritus fest, 70. Juni 50,4% Br. 70. Juli-August 50,4% Br. 70. Sept.-September 50,4% Br. 70. September-Oktober 49,4% Br. — Käse fest, Umlauf 5000 Sagd. — Petroleum befestigt. Standard white loco 810 Br. 8,00 Bd. 70. Juni 8,00 Bd. 70. September-Dezember 8,30 Bd. — Wetter: Wollig.

Freiburg, 14. Juni. (Schlußbericht.) Petroleum besser. Standard white loco 7,95 bez. u. Br. 70. July 8,00 bez. u. Br. 70. August-Dezbr. 8,30 bez. Wien, 14. Juni. (Schluß-Courte) Bayreiterre 76,40, Silberrente 77,20, Deutfreich. Goldrente 93,70. Ungar. Goldrente 117,20, 1854er Poote 123,00, 1860er Poote 132,50, 1864er Poote 174,50, Creditibit 177,50, Ungarische Bräumentlohe 123,00, Credit-Actien 349,25, Franzosen 366,00, Lombarden 124,00, Galizier 316,50, Kaschau-Ober 148,00, Budubitzer 160,50, Nordwest 205,50, Elisabeth 204,00, Lemberg-Gern. — Kronprinz-Rudolf 161,50, Dur-Bodenbader. — Böhmisches Westbahn —, Nordb. 240,50, Franz-Josef —, Unionsbahn 138,90, Anglo-Aust. 146,00 Wiener Bankverein 135,40, Ungar. Creditibit 355,25, Deutsche Blätze 57,05, Londoner Wedsel 116,90, Barlier. Wedsel 46,30, Amsterdam do. 96,85, Napoleon 9,30%, Dutaten 5,50, Silbercup. 100, Martynot 57,10, Russ. Banknoten 1,18, böhmische Westbahn —, 4½% ungar. Bodencredit-Pfandbriefe —, Elbthal 240,20, ungarische Bayreiterre 90,55, 4½% ungarische Goldrente 90,55, Böhmisch-rader Br. 192,00.

Amsterdam, 14. Juni. (Schlußbericht.) Getreidemarkt. Weizen 70. November 291. Roggen zur Oktober 211. getordert, 70. Juni 215—215½ M. bez., 70. Juli-Juli 215—

Paris, 14. Juni. Productenmarkt. (Schlußbericht.) Weizen fest, 70. Juni 29,30, 70. Juli 28,90, 70. Juli-August 28,90, 70. September-Dezember 28,10. — Roggen rubig, 70. Juni 22,25, 70. September-Dezember 20,00. — Mehl fest, 70. Juni 65,30, 70. Juli 65,00, 70. Juli-August 64,60, 70. September-Dezember 9 Marques, 61,40. — Rüböl fest, 70. Juni 75,75, 70. Juli 76,00, 70. Juli-August 76,50, 70. September-Dezember 77,65. — Spiritus fest, 70. Juni 64,25, 70. Juli 64,25, 70. Juli-August 64,25, 70. September-Dezember 61,50. — Wetter: Bedeut.

Paris, 14. Juni. (Schlußcourse) 3% amortisir. Rente 88,10, 3½% Rente 86,92½, Anteile 1872 Italien, 5% Rente 93,80, Döferr. Goldrente 81½, Ungar. Goldrente 103½, Russen de 1877 95½, Franzosen 78,50, Lombard. Eisenb.-Actien 263,75, Lombard. Wertpapiere 291, Türkler de 1865 17,27½, 6% Rumän. Rente —, Credit mobilier 77,00, Spanier 24,2%, inter. 23%, Siegmar-Actien —, Banque ottomane 678, Societe generale 723, Credit foncier 1743, Agipper 386, Banque de Paris 1817,00, Banque d'Escompte 848, Banque hypothecaire 682, III. Orient-anteile 59%, Türkentaloofe 60,75, Londoner Wedsel 25,25, 5% Rumänische Anteile —, 4½% ungar. Goldrente 78%.

Liverpool, 14. Juni. Baumwolle. (Schlußbericht.) Umfang 7000 Ballen, davon für Speculation und Export 1000 Ballen. Ruhig. Mittl. amerikanische Juli-August-Lieferung 6½, Nov.-Dezember-Lieferung 5% d.

London, 14. Juni. Consols 100%. Preußische 4% Consols 101%, 4% bairische Anteile 100½, 5% Ital. Rente 93, Lombarden 10%, 3% Lombarden alte —, 3% Lombarden neue —, 5% Ruffen de 1871 89½, 5% Russen de 1872 89½, 5% Russen de 1873 90%, 5% Litauen de 1865 16%, 5% fundierte Amerikaner 105%, Döferr. Silberrente —, Döferr. Papierrente —, Ungar. Goldrente 102%, Döferr. Goldrente 81%. Spanier 24%, 6% unif. Argenter 76, Silber-Wechselnotrungen: Deutsche Blätze 20,67, Wien 11,82, Paris 25,50, Petersburg 24%, Blatzdiscont 1% p. gl.

Glasgow, 14. Juni. Robben. Wages numbers warrants 46 sh. 6 d.

Glasgow, 14. Juni. Die Verschiffungen der letzten Woche betragen 12 331 gegen 10 660 Tons in derselben Woche des vorigen Jahres.

Petersburg, 14. Juni. Wedsel London, 3 Monat 24½. Wedsel Hamburg, 3 Monat 209½. Wedsel Amsterdam, 3 Monat 123. Wedsel Paris, 3 Monat 258. Russ. Brämen-Anl. de 1864 (geplitt.) 225½. Russ. Brämen-Anl. de 1866 (geplitt.) 218. Russ. Anl. de 1873 —. Russ. Anteile de 1877 142, 4% Imperial 8,09. Große russische Eisenbahnen 269½. Russ. Bodencredit-Pfandbriefe 132½, 2. Orientanteile 93%, 3. Orient-Anteile 92%, Privatdiscont 4½% p. gl. — Produktionsmarkt. Tafel loco 57,00, 70. August 56,40. Weizen loco 16,00. Roggen loco 12,50. Hafer loco 5,60. Hanf loco 33,00. Leinöl (9蒲) loco 16,25. — Wetter: Kühl.

Newport, 13. Juni. (Schluß-Courte). Wedsel auf Berlin 94½. Wedsel auf London 4,83½. Wedsel auf Paris 5,20, 5% fundierte Anteile 103%. 4% fundierte Anteile von 1877 118. Erie - Bahn 47½. Central - Pacific 117½. Newport - Centralbahn 149½. Chicago - Eisenbahn 141½. — Waaren 105%. Petroleum in Newport 8½ Gd. do. in Philadelphia 8½ Gd. rohes Petroleum 6½. do. Pipe. Lin. Certificats —. D. 82 O. Wehl 4 D. 90 O. Rother Winterweizen 1 D. 28 C. Weizen 5½ laufenden Sorten 1 D. 27½ C. do. do. 1 D. 27½ C. 70. Aug. 1 D. 25½ C. — Mais (old mixed) 57. Buder (fair refining Muscovados) 7½. Kaffee (Rio) 11½. Schmalz (Wolc Wilco) 11½. do. Robarts 11½. do. Rob. do. Brothers 11%. Svec (short clear) 9½. Getreidefracht 4½.

Danziger Börse.

Amtliche Notrungen am 15. Juni. Weizen loco rubig, 70. Tonnen von 2000 70. Feinglasig u. weiß 126—130 215—235 M. Br. hochbunt 125—129 210—225 M. Br. hellbunt 117—128 190—220 M. Br. 183—210 bunt 117—126 180—205 M. Br. M. bez. rot 117—128 190—210 M. Br. ordinair 104—129 160—190 M. Br.

Regulierungspreis 126½ bunt lieferbar 203 M. Auf Lieferung 126½ bunt 70. Juni-Juli 204 M. Br. 202½ M. Gd. 70. Juli-August 205 M. Br. 203 M. Gd. 70. September-Oktober 201 M. Br. 199 M. Gd.

Roggen loco ohne Umlauf, 70. Tonnen von 2000 70. Regulierungspreis 120½ lieferbar 200 M. unterpoln. 190 M. trans. 190 M. bez. 70. Juli-August 220 M. 70. Sept.-Oktober trans. 255 M. Br.

Auf Lieferung 70. Juni-Juli inländ. 200 M. Br. do. trans. 190 M. Br. 70. August-Sept. trans. 167 M. bez. und 70. Gd. 70. Sept.-Oktober trans. 165 M. bez. 70. October-Novbr. trans. 163 M. Br. 161 M. Gd.

Rüböl loco 70. Tonnen von 2000 70. Auf Lieferung 70. Sept.-Oktober trans. 245 M. bez. und 70. Gd. 247 M. Br.

Raps 70. Tonnen von 2000 70. 220 M. 70. Sept.-Oktober trans. 255 M. Br.

Auf Lieferung 70. Juni-Juli 220 M. 70. Sept.-Oktober trans. 255 M. Br.

Petroleum 70. 100% loco ab Neufahrwasser unverg. 8,85 M.

Auf Lieferung 70. August 8,85 M. Steinlohlen 70. 3000 Kilo ab Neufahrwasser in Kabinsladungen doppelt gestiebene Russ. 40—44 M. scottische Waschinen 43 M.

Wedsel- und Fonds course. London, 8 Tage, 20,455 gem. 4½% p. gl. Preußische Consoldeire Staats-Anteile 105,35 Gd. 3½% p. gl. Preuß. Staatschuldshain 98,60 Gd. 3½% p. gl. Westr. Pfandbriefe, ritterhaft 92,45 Gd. 4% p. do. do. 101,00 Br. 4½% p. do. do. Neu-Landschaft 103,15 Br. 5% p. gl. Danziger Hypotheken-Pfandbriefe parti rückabbar — Br. 5% Martenburger Biegeler- und Bonnwaaren Fabrik 84,00 Br. 5% Martenburg-Mławaer Eisenbahn 99,25 Br.

Vorsteheramt der Kaufmannschaft.

Danzig, 15. Juni 1881. Getreide-Börse. Wetter: klar und wärmere Luft.

Wind: S. dann N.

Weizen loco blieb am heutigen Marte in ruhiger Stimmung. Vor der Börse wurden 142 Tonnen politischer Transit weiss 125,60 zum gefrischen Gebot von 210 M. bez. 70. Tonnen abgegeben, heute aber am Marte nur noch 117 Tonnen zu unveränderten Preisen geliefert und ist bezahlt für politisch zum Transit bunt franz 118½ M. hellbunt 125,20 200 M. für russisch zum Transit rot milde 123,75 200 M. 70. Tonnen. Terminte Transit 70. Juni-Juli 202 M. Gd. 70. Juli-August 205 M. Br. 203 M. Gd. 70. Sept.-Oktober 201 M. Br. 199 M. Gd. Regulierungspreis 203 M.

Roggen loco nicht ausgeführt und ohne Umlauf geblieben. Termine 70. Juni-Juli inländischer 200 M. Br.

</div

Die Verlobung meiner Pflege-
Tochter Anna Gründ-
mann, (genannt Meißner), mit
dem Kaufmann Herrn Jo-
hannes Rohde, zeige ich hier
mit statt jeder besonderen
Meldung ergeben zu sein.
Danzig, den 15. Juni 1881.
Johanna Meißner Wwe.,
geb. Mattern.

Bekanntmachung.

In das hiesige Handelsregister ist
auf die Verfügung vom 8. Juni cr. am
9. ejd. folgender Vermert eingetragen:
Der Kaufmann Kaufmann Nach-
mann zu Marienwerder, hat für
seine Ehe mit Emma Schmoller
laut Verhandlung de dato Königs-
berg, den 25. Mai 1881 die Ge-
meinschaft der Güter und des Er-
werbes ausgeschlossen.
Marienwerder, den 9. Juni 1881.
Königl. Amtsgericht I.

Stedbriefs-Erneuerung.

Der unter dem 27. September 1880
gegen den Fleischherrn Julius
Wojahn aus Elblag erlassene Sted-
brief wird hierdurch erneuert.
Berent, den 9. Mai 1881.

Königl. Amtsgericht.

Alle diejenigen, welche an den Nachlaß
des am 13. April cr. hierlebts ver-
storbenen Kaufmanns Rudolf Fischel
Forderungen geltend zu machen oder
Zulassungen zu leisten haben, werden
hierdurch aufgefordert, sich dieserhalb
innerhalb vier Wochen bei mir zu melden.
Danzig, den 13. Juni 1881.

Rosenheim,

8346) Rechts-Anwalt.
Auction

des toden und lebenden Inventars in
Miraflores bei Gultsee am 27. Juni
und folgende Tage

Vormittags 10 Uhr.

Es kommen zum meistbietenden Ver-
kauf sämtliches bedeutende Wirt-
schaftsinventar sc. 40 Pferde, 6 Schafen,
66 Stück Kühe, Jungvieh und Kälber,
1700 Schafe in allen Altersklassen, her-
vorragende Herde. (8368)

M. Schirmer,

Berwalter der Breland'schen
Concursmasse.

Die Erneuerungs-Loose 3. Klasse
164. Lotterie sind — unter Vor-
zeigung der bezüglichen Lose
2. Klasse — bis zum

17. Juni c., Abends 6 Uhr,
bei Verlust des Anrechts einzulösen.

Adalbert Köhne,

Königl. Lotterie-Gehnehmer.

Danzig — Stettin.

Dampfer „Krebsmann“ lädt hier
nach Stettin. (7432)
Güter-Anmeldungen nimmt entgegen

Ferdinand Prowe.

Die beliebte

„Kreuz-Polka“
erschien soeben für Klavier zweihändig a 60 Pg. (8365)
Hermann Lau, Musikalien-
handlung, Wollwebergasse 21.

Dr. Benno Kohtz,
pract. Arzt

und Specialarzt für Frauenkrank-
heiten und Geburtshilfe.

Wollwebergasse 28.

Sprechstunden: Vormitt. 9—10 Uhr.
Nachmitt. 4—5 Uhr.

Musikal.-Leihinstitut
bei

F. A. Weber,
Buch-, Kunst- u. Musiz-
Handlung,

Langgasse No. 78.

Günstige Bedingungen.

Größtes Lager neuer Musikalien.

Lott. v. Baden-Baden.

Die Erneuerungs-Loose zur 2. Klasse
finden gegen Vorzeigung der Lose 1 Kl.
in Empfang zu nehmen.

zur rheinischen Pferde-Ver-
lotung am 16. August,
a. M.

zur Elbberger Ausstellung-
Lotterie, 1 Kl.,
zur 2. Klasse d. Lotterie v. Baden-
Boden a 4 M., Vorr. 10 M.

zu haben in der

Expo. d. Danz. Btg.

Hannoversche Pferde-Lotterie,
Ziehung 4. Juli, Lose a. M. 3.

Loose zur Baden-Baden-Lotterie
2. Klasse a. M. 4. Erneuerungs-Loose
a. M. 2. Vorr. 10 für alle 5 Klassen
a. M. 10.

Loose zur Gothaer Silber-Lotterie
a. M. 1. bei Th. Berling, Gerberg. 2.

Eine Klavier - Lehrein (Methode
Kullak) wünscht in Boppot
für die Sommermonate Unterricht zu
erteilen, und werden Meldungen erbeten
in Boppot, Seestraße bei Herrn Focke
und in der Expedition dieser Zeitung
unter No. 8345.

Feinstes

Nizzaer Speiseöl
direkt bezogen unter Garantie der Rein-
heit empfiehlt (8381)

Carl Köhn,

Heilige Geistgasse 29.

Glockentor 129, (Heilige Geistgasse)
vis-à-vis der Theaterstraße. Atelier
für künstliche Zahne, sorgfältigste
Ausführung, billige Preise. Sprech-
stunden 9—12 und 2—6 Uhr. (8387)

Franziska Bluhm, Lehr. d. Zahnt.

Sonnen- und Regenschirme

empfiehlt in größter Auswahl zu bekannt billigsten Preisen.
Größtes Lager in haltbaren Stoffen und Stöcken.
Adalbert Karau, Schirm-Fabrik, Danzig,

Langgasse No. 35, Löwenschloß.

en gros.

en detail.

Die Bestände unseres Sommersagers stellen wir zum Ausverkauf.

Wir geben die noch in reichhaltiger Auswahl vorrätigen Stoffe zu

Sommerüberziehern und ganzen Anzügen

in einzelnen Metern zu bedeutend herabgesetzten Preisen ab.

Riess & Reimann,

Tuch-Engros- & Detail-Geschäft, Breitgasse No. 56.

Einen bedeutenden Posten von
leinenen Tischtüchern, Servietten,
Handtüchern und Taschentüchern
habe ich, theils wegen kleiner Fehler, theils wegen außergewöhnlicher
Größen, in dem vorderen Theile meines Geschäftslokals zum
Ausverkauf

gestellt.

Da in diesem Posten die verschiedensten Qualitäten und Größen ver-
treten sind, so bietet derselbe im Anbetracht der äußerst billigen Preis-
notirungen Gelegenheit zu günstigen Anschaffungen für seine und einfache
Haushaltungen, wie auch für Restaurants.

August Mombert.

Dampfbootfahrt von Danzig nach der Rhede und zurück.

Bei ruhiger See und günstiger Witterung wird der Dampfer „Drache“
Sonntag, den 19. Juni 1881, nach den auf der Rhede liegenden Kriegsschiffen
fahren, von welchen eins, falls Erlaubnis ertheilt wird, bestiegen werden soll.
Abfahrt von Danzig (Johannishör) 12 Uhr Mittags.
Rückkehr von den Kriegsschiffen um 4 Uhr Nachmittags.

Ein Neufahrwasser wird nicht gehalten.
Billete werden nur in bestimmter Anzahl ausgegeben und sind in der
Billette in Danzig (Johannishör) zu haben.

Fahrt für Erwachsene M. 1.

Kinder unter 12 Jahren " 0,50.

Ohne Billett darf Niemand das Dampfboot besteigen.

Weichsel", Danziger Dampfschiffahrt &
Seebad-Actien-Gesellschaft.
Alexander Gibsone.

Coupons per 1. Juli 1881

von Danziger Hypotheken-Pfandbriefen,
von Stettiner National-Hyp.-Pfandbr. u.
von Preußischen Hypoth.-Pfandbriefen
können wir vom 15. Juni cr. ab ohne Abzug ein. (8162)

Meyer & Gelhorn.

Braunsberger Bergschlößchen
in Gebinden und etikettirten Flächen empfiehlt die alleinige Niederlage von
Robert Krüger, Hundegasse 34.

Seebad
Weichselmünde.
Saison-Eröffnung
den 15. Juni cr.

Billet-Preise:
Für Erwachsene
pro Saison 7,50 M.
Monat 3,00 "
Dutzend 1,50 "
Stück 0,15 "

Für Kinder
pro Saison 4,00 M.
Monat 2,00 "
Dutzend 1,00 "
Stück 0,10 "

Der Billetverkauf findet nur bei mir
am Dampfboot-Anlegplatz statt. Ohne
ein bei mir gelöstes Billett darf nicht
gebettet werden. Für das babende
Publikum ist außer der neu angelegten
Straßenpflasterung für einen angenehmen
Weg zum Bade getragert.

Hochachtungsvoll
Rob. Wentzel.

Tütter-Hafer
offerirt billig
H. v. Morstein,
Hundegasse 91.

Gute brauchbare
Grubenschielen,
2" und 2½" Höhe hat billig ab-
zugeben. (8372)

S. A. Hoch,
Danzig.



Medicinal Leberthran

apothecaria Altstadt

DANZIG (Hitzmark)

Medicinal Leberthran

apothecaria Altstadt

DANZIG (Hitzmark)